

Arbeitsbericht des Arbeitsausschusses „Christen und Juden“ vom 24. November 1998

Der Erklärung der Evang.-Luth Kirche in Bayern vom November 1998 ging ein längerer Diskussionsprozeß voran, in dem versucht wurde, die am Thema Interessierten einzubeziehen und zugleich spezielle neuralgische Fragen zu klären (sog. ‚heiße Eisen‘). Der Arbeitsbericht des Ausschusses, dem 13 Mitglieder aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen der Kirche angehörten, lag am 12. November vor und wurde von der Synode am 24. November entgegengenommen. Der gesamte Prozeß ist dokumentiert in: Auf dem Weg zu einem Neuanfang. Dokumentation zur Erklärung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zum Thema Christen und Juden, München (evp) 1999.

Der Arbeitsausschuß wurde am 14.6.1996 vom Landessynodalausschuß (LSA) eingesetzt.

(...)

In insgesamt 18 Sitzungen wurden die Erklärung der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 23.4.1997, das Schwerpunktjahr zusammen mit den dazugehörigen Materialien, der Entwurf der Erklärung der kirchenleitenden Organe sowie dieser Arbeitsbericht erarbeitet.

Am 1. Mai 1998 führte der Arbeitsausschuß eine Anhörung durch zu den Themen:

1. Judenmission
2. Luther und die Juden
3. Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern im ‚Dritten Reich‘

Dabei wurden folgende Referate gehalten bzw. folgende Statements abgegeben¹:

- Referat: Luthers Haltung zu den Juden, Pfrin. Christiane Müller, BCJ, Neudettelsau
- Referat: Christus – das Heil für alle Völker oder für alle Menschen? Verbietet ein neues Verhältnis der Christen zum jüdischen Glauben die Verkündigung von Jesus Christus an Juden?, Prof. Dr. Jürgen Roloff, Erlangen
- Statement: Judenmission, Missionsdirektor i. R. Pfarrer Horst Becker
- Statement: Christus – das Heil für alle Menschen, Pfr. Dr. Wolfhart Schlichting, Augsburg

¹ Hier nannte der Originaltext eine aktuelle Bezugsquelle für die Referatstexte (Anmerkung der Herausgeber).

- Referat: Kirche und Judentum in Bayern, Dr. Helmut Baier, Direktor des Landeskirchlichen Archives

Der Arbeitsausschuß hat diese und weitere „heiße Eisen“ diskutiert und legt im folgenden die Argumente dar, die ihm wichtig erscheinen. Bei einem besonders strittigen Thema haben wir zunächst die Mehrheitsmeinung mit ihren Argumenten genannt und anschließend die Minderheitsmeinung. Wir halten es nicht für sinnvoll, theologische Themen mit Mehrheiten zu entscheiden, sei es in der Synode, sei es im Arbeitsausschuß. Die folgenden Ausführungen sollen darum dazu dienen, daß alle Mitglieder unserer Kirche in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung zu bilden.

1. Luther und Luthertum²

Die Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt, daß in unserer Landeskirche die Erklärung der Evangelical-Lutheran Church in America (ELCA)³ nicht überall auf positive Resonanz stößt. Darum ist es wichtig, daß in unserer Kirche dieses Thema „Luther und Luthertum“ im Sinne der Synodalerklärung weiter behandelt wird.

Folgende Überlegungen sind dem Ausschuß dabei besonders wichtig:

Martin Luther vermochte wie kein anderer, den Menschen den Zugang zur Schrift neu zu eröffnen. Er befreite den Menschen seiner Zeit von der Angst, vor dem Urteil des richtenden Gottes trotz eigenen Bemühens um Frömmigkeit und gute Werke nicht bestehen zu können. Er nahm dem Menschen diese Angst, indem er das Evangelium von der Gnade Gottes, die allein gerecht macht, als zentrale Botschaft der Schrift verkündigte.

Bei seinem Versuch, die befreiende Kraft der Rechtfertigung allein aus Gnade zu veranschaulichen, dienten ihm auch „die Juden“ als negatives Gegenbild. Die Juden sind für ihn die ersten, die in besonderer Weise auf ihre eigenen Werke vertrauten und daher die gerechtmachende Gnade Gottes ablehnten. Sie unterscheiden sich aber in diesem Verhalten nicht von den Christen zu Luthers Zeit. Luther nennt beide in einer Reihe.⁴

Luther geht es darum, die verfehlte Haltung des Menschen, der sein Heil allein aufgrund eigener Leistung und Werke erlangen will, deutlich herauszustellen. Dazu zieht er das Judentum heran und zeichnet es als die Religion der Werkge-

2 Entwurf dieses Abschnittes: Christiane Müller.

3 Siehe die Erklärung, die im Anschluß abgedruckt ist.

4 So lehrt er in der Röm.-Brief Vorlesung (1515/16), zum 2. Kap.: „An dieser Krankheit litten vor allen anderen Völkern besonders heftig die Juden; daher bringt der Apostel gewissermaßen als Vorspiel gleich zu Beginn dieses Kapitels einen Angriff gegen die Juden. In ihre Fußstapfen treten dann unmittelbar alle Ungläubigen und Heuchler, und was es heute alles an Juristen und Pfaffen gibt. ... Ihre eigene Gerechtigkeit rühmen sie selbstgefällig und verwünschen sogar die Rettung durch Gott.“

rechtigkeit schlechthin. In „dem Juden“ sieht er den Prototypen des Menschen, der sich mit „äußeren“ Werken sein Heil vor Gott erkaufen will. Dieser verfehlten Grundhaltung stellt er das dem Evangelium gemäße „allein aus Gnade“ gegenüber. Luther zielt damit vor allem auf die Christen, er will ihnen die Augen für diese Botschaft öffnen. Dazu setzt er eine Fehlentwicklung in der Kirche seiner Zeit, die er aufgrund seiner Einsicht in das Wesen des Evangeliums mit gutem Grund bekämpfte, gleich mit dem, was er fälschlich als das Wesen der jüdischen Religion ausmacht. Das geschah ohne genauere Kenntnis des Judentums.

Wie wir heute erkennen, ist auch für das Judentum das Wissen von der allem menschlichen Tun zuvorkommenden Gnade Gottes zu allen Zeiten eine fundamentale Glaubenseinsicht gewesen. Trotzdem fließt bis heute vielerorts dieses falsche Bild vom Judentum in Verkündigung und Unterricht ein, um die Botschaft des Evangeliums dagegen abzusetzen.

Luther ist in seinen frühen Jahren v.a. an diesem Zusammenhang interessiert. Die Juden und das Judentum erhalten als Negativpol zur reformatorischen Erkenntnis einen festen Platz in seinem theologischen Reden. Vorwürfe wie Hostienschändung und Ritualmord, sonst in seiner Zeit üblich, findet man bei ihm nicht.

Dennoch erwies sich als verhängnisvoll, daß Luther nicht nur eine verfehlte Grundhaltung des Menschen anprangerte, sondern auch Gottes Strafe hierfür an gesellschaftlichen Verhältnissen festmachte. So sah Luther – eingebunden in die kirchliche Tradition – die Juden seiner Zeit unter dem Zorngericht Gottes stehen.⁵

In seinen frühen Jahren wollte Luther die Juden, die einst „eine Kenntnis Gottes und eine geistliche Einsicht“ hatten, zum Glauben ihrer Väter zurückbringen. Schriftgelehrte und Talmud hätten diese Einsicht zunichte gemacht.

Aber auch die Christen haben bisher den Juden nichts Gutes erwiesen und ihnen die Botschaft des Evangeliums vorenthalten. Luther will daher aus der Schrift erzählen und hofft, daß, „wenn man mit den Juden freundlich handelt und aus der heiligen Schrift sie säuberlich unterweist, es sollten ihrer viele rechte Christen werden und wieder zu ihrer Väter, der Propheten und Patriarchen Glauben treten ...“⁶.

Vor dem Hintergrund der Judenhetze im ausgehenden Mittelalter stellen verschiedene Äußerungen Luthers eine völlige Neuorientierung dar, so vor allem in seiner Auslegung des Magnificat (1521) und in der Schrift „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei“ (1523). Er nennt darin antijüdische Stereotype „Lü-

5 So sagt er in der Auslegung zu Psalm 1,4 (Dictata super Psalterium. 1513–15): „„Spreu“ ist zermahlene, dünne, leichte Erde, die jeder Wind verweht. Mit diesen Worten werden sehr passend die Juden bezeichnet, die dürr im Geist und gedemütigt sind, ... über alle Länder verstreut und in jedem Augenblick bedroht in ihren Niederlassungen. Sie werden niedergetreten wie der Schmutz der Straße und der Staub der Wege.“

6 WA 11.315,14–24. Zit. n. W. Bienert, Martin Luther und die Juden, Frankfurt 1982, S. 75 (51).

gengeschichten“ und plädiert sogar für die Integration von Juden in die Gesellschaft⁷. Diejenigen, die nicht hören wollen, solle man gehen lassen, in den eigenen Reihen seien auch nicht alle gute Christen. Jüdische Gemeinden reagieren mit Dank auf solch ungewohnt freundliche Äußerungen.

Als Luther mit seinen Bemühungen keinen Erfolg hat, sondern im Gegenteil von Übertritten von Christen zu der Bewegung der Sabbater (die Beschneidung und Einhaltung des jüdischen Gesetzes fordern) hört, unterstellt er den Juden groß angelegte Missionsbemühungen. Somit sind die Juden für ihn nicht mehr länger Opfer der „Papisten“, sondern wieder einzig Feinde des Evangeliums. An der Seite des Teufels würden sie gegen die reformatorische Erkenntnis und die sich darauf gründende Kirche kämpfen.

Jetzt können Juden nur noch durch die Bereitschaft, Christen zu werden, beweisen, daß sie nicht auf der Seite des Teufels stehen: „... *welcher solches nicht tun will, da setze in keinen Zweifel, daß er ein verböster Jude ist, der nicht ablassen wird, Christum zu lästern, dich auszusaugen und (wo er kann) zu töten*“⁸ – so Luther drei Tage vor seinem Tod.

Im Jahr 1543 schreibt Luther die Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“. Sie enthält die furchtbaren *sieben Ratschläge*, die Luther an die Oberen richtet und mit denen er ihnen das Verbrennen von Synagogen, die Zerstörung jüdischer Häuser, Lehrverbot, Konfiszierung von Talmud und Gebetbüchern, Handelsverbot und Zwangsarbeit für Juden anempfiehlt.

Ziel: „... *ob wir doch etliche aus der Flamme und Glut (sc. des göttlichen Zorns) erretten können*.“⁹. Luther hat an dieser Stelle seine eigene Theologie aufgegeben. Einst sah er Juden *und* Christen in derselben Sünde verhaftet und wußte beide an die Gnade Gottes gewiesen. Nun will er *selber* retten, nun macht er den göttlichen Zorn einseitig und endgültig auf Seiten der Juden fest.

Wir wissen, daß diese späten Schriften Luthers Verbreitung fanden und ihre Wirkung taten. Wir haben Zeugnisse von Predigten und Briefen aus verschiedenen Zeiten, mit denen Pfarrer unter Berufung auf Luthers Schriften darauf hin wirkten, ein normales Zusammenleben von Juden und Christen unmöglich zu machen.

Der sich aus anderen Quellen speisende *Antisemitismus* konnte Luthers späte Schriften für seine Zwecke mißbrauchen. Auch heute geben rechtsradikale Verlage Luthers späte Schriften heraus. „In Übereinstimmung mit dem Lutherischen Weltbund beklagen wir besonders die Verwendung von Luthers Aussa-

7 „Item, daß man ihnen verbiete, unter uns zu arbeiten, hantieren und andere menschliche Gemeinschaft zu haben, womit man sie in den Wucher treibt, wie sollte sie das bessern?“ WA 11.336,22–37. Zit. n. Bienert, a.a.O., S. 80 (56).

8 WA 51.194,31–196,17. Zit. n. Bienert, a.a.O., S. 177 (115).

9 WA 53. 522,29–38. Zit. n. Bienert, a.a.O., S. 148 (99).

gen durch moderne Antisemiten für ihre Lehre des Hasses gegen das Judentum oder gegen das jüdische Volk unserer Zeit.“¹⁰

Konsens:

Es tut daher not,

- sich deutlich von Luthers Antijudaismus zu distanzieren
- antijüdische Tendenzen in lutherischer Theologie zu erkennen
- dem Mißbrauch von Luthers Äußerungen durch antisemitische Kreise zu wehren.

Impulse:

Der Ausschuß sieht es für wichtig an,

- die Wirkungsgeschichte von Luthers Äußerungen über die Juden, wie auch bestimmte Ausprägungen lutherischer Theologie auf ihre antijüdischen Wirkungen hin zu untersuchen.
- neue Modelle zu entwickeln, in denen das Judentum nicht mehr als negatives Gegenbild gebraucht wird. Christliche Glaubensinhalte können positiv – ohne Abwertung des Judentums – benannt werden.
- große Sorgfalt walten zu lassen, wo es bei Verkündigung und Lehre um jüdische Sachverhalte wie Tora, Schabbat, Messiasvorstellungen u.a. geht. Hier fließen aus der Tradition allzu schnell antijüdische Vorurteile ein. Sachkenntnis ist wichtig. Luthers eigene Erkenntnis, „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei“, ist als Leitlinie zu bewahren: Bei Äußerungen über das Judentum kann dies daran erinnern, daß diese Traditionen Jesus selbst heilig waren.
- Luthers eigene Erkenntnis aufzunehmen, daß die christliche Lehre von der Gottheit Jesu nicht als Widerspruch gegen Jesu Judesein anzusehen ist (vgl. Martin Luthers Kleinen Katechismus: Auslegung zum Zweiten Glaubensartikel).

2. Die Bayerische Landeskirche und die Judenverfolgung im Dritten Reich¹¹

Es war dem Arbeitsausschuß von Anfang an wichtig, die Verstrickung der eigenen Landeskirche in der Judenfrage während des Dritten Reiches nicht aus den Augen zu verlieren. Zu diesem Thema hielt bei der Anhörung am 1. Mai Dr. Helmut Baier das Referat und außerdem fand ein Seminar statt, das der Arbeitsausschuß zusammen mit dem BCJ („Begegnung von Christen und Juden“) am 23. März 1998 in Nürnberg veranstaltete. Dort wurden Referate zum Thema „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und die Juden von

¹⁰ Erklärung der ELCA, s. unten. [Die Erklärung der ELCA war im Anhang abgedruckt. Sie findet sich in diesem Band unter E.II.5', Anmerkung der Herausgeber.]

¹¹ Entwurf dieses Abschnittes: Hans-Christoph Schmitt.

1933 bis 1997“ von Pfr. Dr. Björn Mensing, Bayreuth, und Pfr. i.R. Ernst Ludwig Schmidt, Erlangen, gehalten.¹²

Aufgrund der Referate und der anschließenden Diskussion im Arbeitsausschuß stellt dieser fest:

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat sich mitschuldig gemacht an den Verbrechen, die während des Dritten Reiches im Namen des deutschen Volkes an den Juden begangen wurden.

Wie die anderen evangelischen Kirchen in Deutschland hat auch die bayerische Landeskirche die sogenannte „Judenfrage“ nicht als theologisches Problem gesehen, sondern unter Berufung auf eine bestimmte Ausprägung der „Zwei-Reiche-Lehre“ sie als eine Angelegenheit betrachtet, die ausschließlich unter politischen Opportunitätsüberlegungen zu entscheiden sei.

Von daher haben die kirchenleitenden Organe der bayerischen Landeskirche zu den Boykottaufrufen gegenüber den Juden im Jahre 1933, zu den Nürnberger Rassegesetzen von 1935, zu den Synagogenbränden und Plünderungen jüdischer Geschäfte in der sogenannten „Reichspogromnacht“ im November 1938 und schließlich auch zu den Judendeportationen geschwiegen. So wurde auch eine Denkschrift Münchener Laien, die zum Protest gegen die Judenverfolgung aufrief, vom Landeskirchenrat (LKR) Ostern 1943 nicht unterstützt.

Einzelne Glieder der bayerischen Landeskirche, die ihre Stimme für eine kirchliche Stellungnahme gegen die Judenverfolgung erhoben, konnten sich nicht durchsetzen. So hatte Wilhelm Freiherr von Pechmann, von 1919–1922 der erste gewählte Präsident der bayerischen Landessynode, schon April 1933 in seiner Funktion als Präsident des Kirchentages in einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses gefordert, die evangelische Kirche könne und dürfe „zu dem nicht schweigen, was unter Verletzung christlicher Gerechtigkeit und Liebe gegen jüdische Volksgenossen geschehen ist und noch geschieht“. Seine Stimme wurde jedoch weder in der Deutschen Evangelischen Kirche noch in der bayerischen Landeskirche gehört.

In ähnlicher Weise haben die kirchenleitenden Organe auch auf eindeutige Stellungnahmen zu der von der nationalsozialistischen Politik betriebenen Ausgrenzung der judenchristlichen Glieder der evangelischen Kirche verzichtet. Zwar wurden Gemeindeglieder, die nach der nationalsozialistischen Rassetheorie als „nicht arisch“ galten, nicht – wie von der deutschchristlichen Bewegung gefordert – in eigene Gemeinden abgedrängt. Doch kam es zu einer weitgehenden Isolierung der „nicht-arischen“ evangelischen Christen, an der auch die Beauftragung zweier „nichtarischer“ Pfarrer mit der speziellen Fürsorge für „nichtarische“ Gemeindeglieder (Johannes Zwanzger in München und Hans Werner Jordan in Nürnberg) nichts ändern konnte. Um die normale kirchliche Arbeit „nicht zu belasten und zu gefährden“, hielten viele evangelische Gemeinden Distanz zu ihren „nichtarischen“ Gemeindegliedern.

Eine wenig entschiedene Haltung hat die Kirchenleitung der bayerischen Kir-

12 Die Referate werden veröffentlicht in einem Sammelband: Die Evang. Kirche in Bayern und die Juden, hg. von Wolfgang Kraus. [Inzwischen erschienen unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem Neuanfang, München 1999, Anmerkung der Herausgeber.]

che auch in der Frage der Umsetzung des sogenannten Arierparagraphen auf ihre Pfarrer und Kirchenbeamten eingenommen. Zwar wurde kein „nichtarischer“ bayerischer Pfarrer entlassen. Doch versuchte der Landeskirchenrat, diese Pfarrer für eine Ruhe- oder Wartestandsversetzung zu gewinnen oder sie auf Stellen zu versetzen, mit denen kein staatlicher Religionsunterricht verbunden war. Außerdem bestand für „nichtarische“ Theologiestudierende und Vikare kaum eine Chance, als Pfarrer eingestellt zu werden. Auch Kirchenvorstände stellten sich nur gelegentlich hinter ihre „nichtarischen“ Pfarrer. Leider ist die Situation der nichtarischen Pfarrer und Kirchenbeamten in der bayerischen Landeskirche in den Jahren 1933–1945 bisher weniger erforscht als die in vergleichbaren anderen deutschen Landeskirchen.

Bei diesem nur sehr zurückhaltenden Eintreten für ihre „nichtarischen“ Pfarrer und Kirchenbeamten konnten sich die kirchenleitenden Organe der bayerischen Landeskirche auf ein Gutachten der Erlanger Theologischen Fakultät vom 25.9.1933¹³ zur Anwendung des Arierparagraphen auf Pfarrer und Kirchenbeamte berufen. Dieses Gutachten war zu folgender Schlußfolgerung gekommen: „Im Ringen um die Erneuerung unseres Volkes schließt der neue Staat Männer jüdischer oder halbjudischer Abstammung von führenden Ämtern aus. Die Kirche muß das grundsätzliche Recht des Staates zu solchen gesetzgeberischen Maßnahmen anerkennen. Sie weiß sich selber in der gegenwärtigen Lage zu neuer Besinnung auf ihre Aufgabe, Volkskirche der Deutschen zu sein, gerufen ... Für die Stellung der Kirche im Volksleben und für die Erfüllung ihrer Aufgabe würde in der jetzigen Lage die Besetzung ihrer Ämter mit Judenstämmigen im allgemeinen eine schwere Belastung und Hemmung bedeuten. Die Kirche muß daher die Zurückhaltung ihrer Judenchristen von den Ämtern fordern. Ihre volle Gliedschaft in der deutschen evangelischen Kirche wird dadurch nicht bestritten oder eingeschränkt ...“¹⁴

Anders als das Gutachten der Marburger Theologischen Fakultät, das auf der Grundlage des neutestamentlichen Kirchenverständnisses die christliche Kirche als eine Kirche aus „Juden und Heiden“ ansieht, die sich sichtbar in einer Gemeinde zusammenfinden und in der daher auch „Juden und Heiden in grundsätzlich gleicher Weise zu kirchlichen Amtsträgern geeignet sind“, hat das Erlanger Gutachten auf der Grundlage eines falschen Verständnisses von „Volkskirche“ die evangelische Kirche daran gehindert, eindeutig für ihre jüdenchristlichen Glieder Stellung zu nehmen.

Auch in dieser Frage waren es damals nur einzelne bayerische Pfarrer, die sich einer Rücksichtnahme auf den Arierparagraphen widersetzen, wie z.B. der Penzberger Pfarrer Karl Steinbauer. Er stellte 1939 in einer Predigt fest, es sei ihm nicht möglich, sich als ordinerter Prediger unter ein Gesetz des Staates zu stellen, das die Verkündigung des Evangeliums von arischem Blut abhängig machen wolle. Der Missionsbefehl Christi könne nicht durch politische Rück-

13 Es ist zitiert in W. Kraus / S. Bergler, Die ‚Reichskristallnacht‘ 9. Nov. 1938 – 50 Jahre danach, was geht mich das an? Neuendettelsau, Hannover 1988, S. 31f.

14 A.a.O. Ziffer 5. Das Zitat ist im Original gesperrt gedruckt.

sichtnahmen eingeschränkt werden. Für solchen Widerstand hatte Karl Steinbauer Gefängnis und KZ-Haft auf sich zu nehmen.

Insgesamt waren damals jedoch sowohl die Kirchenleitung als auch die Pfarrerschaft und die Gemeinden mit ihren Kirchenvorständen nicht bereit, den staatlichen Vorgaben im Hinblick auf die „Judenfrage“ zu widersprechen und Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenpolitik zu leisten. Negativ wirkte sich dabei vor allem die jahrhundertalte antijudaistische Tradition der Kirche aus.

Zu bedauern ist, daß in den Jahren nach 1945 das Schweigen von kirchenleitenden Organen, Pfarrern und Gemeinden zu den Verfolgungen von Juden und Judenchristen nicht Gegenstand eines offenen Gesprächs in den kirchenleitenden Organen der bayerischen Landeskirche geworden ist. So belasten bis heute die Fehler und Versäumnisse unserer Kirche in den Jahren des Dritten Reiches die Glaubwürdigkeit unseres christlichen Zeugnisses.

Impulse:

- Der Ausschuß bittet die kirchenleitenden Organe, das angesprochene Versäumnis anzuerkennen und heute angemessene Stellung zu beziehen.
- Der Ausschuß sieht eine dringende Notwendigkeit, die Aufarbeitung der Geschichte der Bayerischen Landeskirche im Dritten Reich und insbesondere der Situation der nichtarischen Pfarrer und Kirchenbeamten in der bayerischen Landeskirche in den Jahren 1933–1945 zu fördern, und bittet die Fakultäten und den LKR, darauf hinzuwirken bzw. dies zu unterstützen.
- Der Ausschuß bittet darum, daß auch die Bearbeitung des Verhaltens der bayerischen Landeskirche und ihrer Amts- und Funktionsträger in der Nachkriegszeit in diese Untersuchung miteinbezogen wird.
- Der Ausschuß hält die Tatsache, daß die Erlanger Theologische Fakultät schon vor 20 Jahren, aus Anlaß des Deutschen Evangelischen Kirchentags 1979 in Nürnberg, die Rolle der Erlanger Fakultät im Dritten Reich kritisch bearbeitet hat¹⁵, für ein nachahmenswertes Beispiel.
- Der Ausschuß ist dankbar, daß nun endlich das Wirken Karl Steinbauers in unserer Landeskirche positiv gewürdigt wird und daß insbesondere die letzte Wohnsitzgemeinde Steinbauers, die Gemeinde Uttenreuth, und ihr Pfarrer Thomas Öder in einer Ausstellung dieses Wirken Steinbauers für die heutige Zeit darstellen und würdigen. Er hält die Ausstellung für sehr sehenswert und empfiehlt den Gemeinden, sie auszuleihen.¹⁶

3. Christliches Zeugnis

In der Diskussion unserer Landeskirche herrscht in ganz weiten Kreisen Konsens in zwei Fragen: daß sich Christen *aus Deutschland* nicht in herausragender

15 Vgl. epd-dok 5–6/1980: Die Veranstaltung beim Kirchentag 1979 über das Erlanger Gutachten, Frankfurt 1980.

16 Hier nannte der Originaltext eine aktuelle Bezugsquelle für die Ausstellung (Anmerkung der Herausgeber).

Weise für Judenmission engagieren sollten und daß Mission insgesamt und besonders unter Juden belastet ist durch die schrecklichen Ereignisse, die insbesondere an Juden unter dem Namen „Mission“ verübt wurden. Kein Konsens herrscht aber in der Frage, wie christliches Zeugnis unter Juden heute auszusehen hat. Ja, es gibt Stimmen, die fordern, explizit auf jegliches christliche Zeugnis unter Juden zu verzichten. Demgegenüber haben andere gesagt, daß dies auf keinen Fall möglich ist.

Dies zeigte sich gleich zu Beginn des Schwerpunktjahres. Der jüdische Referent bei der Eröffnungsveranstaltung, Prof Dr. Ernst Ludwig Ehrlich aus Basel, konstatierte: „Judenmission ist für Juden ein unwürdiges Unternehmen, mit dem Juden so verfahren, wie Jesus mit den Sadduzäern: Er hat die Kommunikation abgebrochen. Judenmission ist ... gegen den Geist eines menschlichen Gesprächs.“¹⁷ – „Das Verschwinden der Judenmission ist eine Voraussetzung für den christlich-jüdischen Dialog.“¹⁸

Daraufhin forderte der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Bekennender Christen (ABC), Pfr. Dr. Wolfhart Schlichting, in der Presse: „Die Kirche kann die Christusbotschaft gegenüber Israel nicht verschweigen.“¹⁹

Der Ausschuß hatte deshalb zu seiner Anhörung am 1. Mai nicht nur sein Mitglied Prof. Dr. Jürgen Roloff um ein Referat gebeten, sondern auch zwei Personen eingeladen, die beide eine je andere Auffassung zu diesem Thema haben: den früheren Missionsdirektor Horst Becker und den Sprecher des ABC, Pfr. Dr. Wolfhart Schlichting. Beiden lag das Referat von Prof. Dr. Roloff vor und beide waren gebeten, je aus ihrer Sicht in einem Statement dazu Stellung zu nehmen.

Bei der Anhörung am 1. Mai hat der Ausschuß seine Auffassung bestätigt erhalten, daß zu diesem Thema, meist unter dem Stichwort „Judenmission“ verhandelt, in unserer Landeskirche eine sehr kontroverse Meinungslage vorhanden ist.

Die wichtigsten Positionen des Referates (I.), dem die meisten Ausschußmitglieder zustimmen, sowie die der Statements (II. und III.) sind im folgenden zusammengefaßt.

*I. Referat Roloff*²⁰

Der Auftrag, gegenüber allen Völkern und allen Menschen die Botschaft vom in Jesus Christus abschließend erschienenen Heil zu bezeugen, ist der Kirche

17 Manuskript des Vortrags.

18 epd Landesdienst Bayern 120, 9.10.97.

19 ebd.

20 Entwurf dieses Abschnittes: Jürgen Roloff.

wesenhaft eingestiftet. Sie kann auf die Wahrnehmung dieses Auftrags nicht verzichten, ohne sich selbst aufzugeben. Wohl aber muß sie kritisch bedenken, welche konkrete Gestalt dieses Auftrags jeweils angemessen und an der Zeit ist. Gegenüber den Juden hat sie das in der Vergangenheit vielfach versäumt. Das hatte verhängnisvolle Folgen.

Jesus war nicht nur Glied des jüdischen Volkes; seine Botschaft stand in engem Zusammenhang mit den Verheißungen und Hoffnungen Israels. Auf eben diese Verheißungen und Hoffnungen war auch das Zeugnis bezogen, das die Jünger und Jüngerinnen Jesu in früher nachösterlicher Zeit gegenüber Israel ablegten: Sie als Glieder Israels verkündigten Jesus als den, der Gottes heilvolle Geschichte mit Israel zur Vollendung bringen werde. Das missionarische Zeugnis für die Weltvölker – d.h. für die nicht Israel zugehörigen Völker – setzte demgegenüber einen anderen Akzent: Es eröffnete allen Menschen die Möglichkeit, durch die Gemeinschaft mit Jesus, dem Vollender Israels, zum endzeitlich gesammelten Gottesvolk hinzuzukommen.

Die Kirche aus den Weltvölkern, die nach dem Ende des frühen Judenchristentums zur Normalgestalt von Kirche geworden war, bot der innerjüdischen Verkündigung des Evangeliums keinen Raum mehr. Darüber hinaus machte sich in ihr eine zunehmende Vergessenheit ihrer eigenen jüdischen Wurzeln breit. Jüdische Religion und Lebensweise wurden als negative Kontrastbilder christlicher Existenz ausgegeben. Das Vorhandensein jüdischer Minderheiten am Rande der christlichen Gesellschaft galt als Infragestellung des Christentums. Bei den intensiven Bemühungen um die Bekehrung der Juden verließ man sich weithin auf die Macht staatlicher und gesellschaftlicher Druckmittel. Es fand – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kein Dialog zwischen Christen und Juden als gleichberechtigten Partnern statt; die Juden mußten sich vielmehr als christlichem Bekehrungswillen macht- und willenlos ausgelieferte Objekte verstehen.

Hinzu kam, daß diese Judenmission den bekehrten Juden in den allermeisten Fällen ihre jüdische Identität wegnahm, indem sie sie aus ihrem Volk herauslöste, um sie in das Heidenchristentum einzugliedern. Wenn Juden heute zuweilen einen Zusammenhang zwischen solcher geistigen Auslöschung jüdischer Identität und deren physischer Auslöschung in den Gaskammern von Auschwitz feststellen wollen, so sollte das für uns Christen ein Grund zum Erschrecken und ein Anstoß zur Umkehr sein.

Ein Neuanfang im Verhältnis zwischen Christen und Juden ist nur möglich, wenn wir erkennen: Judenmission als einseitig und gezielt betriebene Aufgabe unserer Kirche ist nicht mehr an der Zeit!

Was heute für das Verhältnis des Christentums zu anderen Religionen gilt, daß nämlich an die Stelle gezielt und einseitig betriebener Mission der Dialog tritt, das sollte erst recht für das christlich-jüdische Verhältnis gelten. Nicht nur Erinnerung an vergangene Fehler und Irrwege, sondern auch neugeschenkte theologische Einsichten bringen uns dazu, uns um einen offenen Dialog zwischen Christen und Juden zu bemühen, in dem beide als gleichberechtigte Partner einander begegnen, und der von der beiderseitigen Erwartung, voneinander etwas zu erfahren und voneinander zu lernen, bestimmt ist.

Solcher Dialog steckt gegenwärtig erst in den Anfängen. Er ist belastet durch

geschichtliche Erfahrungen. Es wird, vor allem von christlicher Seite, viel Geduld und Behutsamkeit nötig sein, um ihn voranzubringen.

Einige Voraussetzungen und Motive, die für die christliche Seite wichtig sind, seien kurz genannt:

- Wir erkennen in jüdischen Menschen Brüder und Schwestern Jesu „nach dem Fleisch“, Glieder des von Gott bleibend erwählten, zur Gemeinschaft mit sich berufenen Volkes. Gottes Verheißungen für sie sind nicht hinfällig geworden (Röm 9,6).
- Wir lösen uns von der traditionellen Sicht, als sei das Judentum die dunkle Folie, vor der das helle Licht des Evangeliums zum Leuchten kommt.
- Wir machen uns dankbar das reiche jüdische Erbe, an dem wir in unserem Glauben Anteil haben, bewußt: Die Heiligen Schriften des Alten Testaments, die Weise des Gesprächs mit Gott im Gebet, die vielfältigen jüdischen Elemente in unserem Gottesdienst.
- Wir versuchen, aus der Glaubenserfahrung jüdischer Menschen, aus dem Ernst ihres Bemühens um die Erfüllung des Willens Gottes und aus der Weise ihres Umganges mit ihrem geistlichen Erbe zu lernen.
- Wir fragen zusammen mit den Juden nach unseren gemeinsamen Glaubenswurzeln sowie nach den Möglichkeiten, gemeinsam vor der Welt davon Zeugnis abzulegen.
- Zum echten Dialog gehört auch das offene Aussprechen des Trennenden. Darum bleiben wir die Auskunft nach dem Grund unseres Glaubens und unserer Hoffnung nicht schuldig und verzichten auch auf vorschnelle Harmonisierung.
- Wir erweisen uns als christliche Gemeinden mit den jüdischen Gemeinden in unserem Lande solidarisch, indem wir ihnen bei der schwierigen Aufgabe der Eingliederung der aus den Staaten der GUS zugewanderten Menschen jüdischer Herkunft Hilfe leisten, ohne diese Situation zu missionarischen Aktivitäten auszunutzen.
- Wir Heidenchristen begleiten zwar in geschwisterlicher Solidarität jene Christen aus dem jüdischen Volk, die sich darum bemühen, gegenüber ihrem Volk Jesus als den Messias Israels zu bezeugen. Wir verzichten jedoch im Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Situationen auf jede direkte oder auch nur indirekte Einflußnahme, um die Eindeutigkeit ihres Zeugnisses nicht in Frage zu stellen.

II. Statement Schlichting²¹

- Martin Luther lehnte es grundsätzlich ab, aus beeindruckenden geschichtlichen Vorgängen „ohne äußerlich Wort“ Erkenntnisse über Absichten Gottes abzuleiten, die über die biblische Botschaft hinausgehen. Deshalb dürfen wir auch aus dem entsetzlichen Erlebnis des Holocaust keine Absicht Gottes herauslesen wollen, die über das biblische Zeugnis hinausgeht.

21 Entwurf dieses Abschnittes: Johannes Friedrich.

- Im 10. Kapitel des Römerbriefs hebt Paulus ausdrücklich hervor, daß „zwischen Juden und Griechen“ im Entscheidenden „kein Unterschied“ zu machen ist (V. 12). Sie sind in gleicher Weise auf das Erbarmen Gottes angewiesen. Israels Bemühen, die Gerechtigkeit vor Gott in der Befolgung der Tora zu suchen, ist gescheitert (V. 2–3). Der Weg zum Glauben steht Israel aber offen. Um ihn jedoch einschlagen zu können, müssen die Juden ebenso wie die Heiden davon „hören“ (V. 14). Ihnen muß also „gepredigt“ werden; d.h., Prediger müssen zu ihnen „ausgesandt“ werden (V. 15), bzw. Missionare müssen zu ihnen gelangen.
- Paulus sieht in dem „Evangelium von Christus“, dessen er sich nicht schämt (Röm 1,16), die wirkende „Kraft Gottes“ zur Rettung für alle, die daran glauben, und betont auch an dieser Stelle ausdrücklich, daß damit sowohl, und zwar in erster Linie, die Juden, aber auch die Griechen gemeint sind.
- Wenn Mission als „die öffentliche Bezeugung des Glaubens an den von Gott“ zum Lamm Gottes bestimmten und zum Weltrichter erhöhten, Jesus von Nazareth eine „wesenhafte Manifestation christlichen Glaubens“ ist, dann wäre auch der teilweise „Verzicht auf öffentliches missionarisches Zeugnis“ „gleichbedeutend mit einer Rücknahme der universalen Dimension christlichen Glaubens“. Nach Apg 2,41 waren die ersten dreitausend Personen, die durch Glauben und Taufe zum Gottesvolk „hinzugefügt“ wurden, allesamt Juden.
- Mission kann bei menschlichem Anstand und Respekt vor den Personen, mit denen man sich bekannt macht, überhaupt nur in dialogischer Form geschehen. Aber daraus darf nicht folgen, daß das, was Gottes Wort ist, lediglich als persönliche Ansicht ausgegeben und damit zu einem Diskussionsgegenstand herabgemindert wird.

III. Statement Becker²²

- Kein christlicher Theologe wird behaupten, daß Jesus nur für die Heiden auferweckt worden ist, für diejenigen, die sich später ‚Christen‘ nannten. Der Apostel spricht ausdrücklich davon, daß durch die Auferstehung ein neuer Schöpfungsakt geschah (2Kor 5). Niemand kann zu solchem Glauben (Auferstehung oder/und Erwählung) gezwungen oder davon mit rationalen Argumenten überzeugt werden. Zu verstehen ist das Neue Testament jedoch nur von denen, die den Glauben an den Auferstandenen als den Mittelpunkt des Neuen Testaments erkennen. Die erste Christenheit weiß sich in das Kraftfeld Jesu versetzt. Das glauben und bekennen die Jünger, die aus dem jüdischen Volk stammen. Daß sie dies so wenigen Menschen aus ihrem eigenen Volk vermitteln können, ist ihr großer Schmerz (für Paulus vgl. Röm 9–11). Aus welchem Grunde und unter welchen Umständen könnte ein Christ von diesem Ur-Datum seines Glaubens absehen, es verschweigen oder im Glaubensgespräch ausblenden? Soll und darf mit Juden nicht über Glaubensinhalte gesprochen werden, sondern nur über die Anhäufung von Schuld im Laufe der Kirchengeschichte oder von Glaubensanalogien (Paradigmenparallelität) in beiden ‚Religionen‘?

22 Entwurf dieses Abschnittes: Johannes Friedrich.

- Um die Gestalt des Zeugnisses muß immer gerungen werden. Der Begriff ‚Mission‘ mag abgenutzt und in Mißkredit gekommen sein. Zu häufig werden Karikaturen (von dem was Mission sei) gezeichnet, die zum Lachen einladen und deren Ablehnung leicht ist. Wir stehen am Ende einer spezifischen Missionsepoche, übrigens im wesentlichen bestimmt durch den europäisch-amerikanischen Protestantismus. Mission gab es aber seit der Urchristenheit in den verschiedensten Formen und durch (fast) alle Kirchen. Darum trägt es nichts aus, über den Begriff ‚Mission‘ zu streiten. Aufgrund der Animosität von Juden ihm gegenüber, kann man ihn ohne Bedenken fallen lassen. Es ist Unrecht, zu verschweigen, was den an Jesus den Christus Glaubenden zutiefst bewegt. In anderem Zusammenhang hat der Apostel Paulus (auch wenn er darüber keineswegs glücklich war) den Philippnern zugerufen „... wenn nur Christus verkündigt wird“ (Phil 1,18). Theologen haben Verantwortung dafür, sorgfältig zu prüfen, was den Aussagen des NT für die jeweilige Situation am meisten entspricht. So ist zu hören, was aus Röm 9–11 als Handlungsanweisung für heute angesehen werden kann. Ich persönlich vermag daraus nicht die Ablehnung des Zeugnisses von Jesus als dem, den Israel erwartete, zu vernehmen.
- Ob das Zeugnis unter Juden zur Taufe führen soll, darüber kann man streiten. Die Parallellität von Taufe und Beschneidung (als Bundeszeichen und Aufnahmekriterium in die Heilsgemeinschaft) muß genauer beleuchtet werden. Häufiger als die Annahme Jesu als ihren Messias erfolgt heutzutage der Übertritt von (Heiden-)Christen zum Judentum. Soweit dem eine Gewissensentscheidung zugrunde liegt, muß er respektiert werden, auch wenn er dem Weg Gottes in die schon akute und aktuelle (endzeitliche) Universalität der Heilsgemeinde, dem Ans-Ziel-Kommen der Verheißungen des Bundesgottes in der Völkerwelt widerspricht.
- Der Inhalt des Glaubensgesprächs mit Juden unterscheidet sich von dem mit Menschen anderer Glaubensüberzeugungen, denn wir haben als Basis das gemeinsame Erbe. Wer wollte bestreiten, daß Christen bei diesem Gespräch von Juden vieles lernen können ?

Konsens:

Der Ausschluß ist sich in folgenden Aussagen einig:

- Aus beeindruckenden geschichtlichen Vorgängen können schwerlich allgemein gültige Erkenntnisse über die Absichten Gottes abgeleitet werden, die über die biblische Botschaft hinausgehen. Dies gilt auch für den Holocaust.
- Das Thema „Judenmission“ kann heute in Deutschland nicht diskutiert werden unabhängig von den Fragen, die sich aus der Geschichte ergeben, die Juden mit Christen haben.
- Deutsche Kirchen sollen sich deshalb einer organisierten Judenmission enthalten.

Impulsfrage:

- Welche Bedeutung hat die uns gemeinsame Aussage, „Christus ist das Heil für alle Menschen“, wenn wir die theologische Frage, ob Judenmission abgelehnt werden muß, verschieden beantworten?

4. Landverheißung und Staat Israel²³

Wenn wir zusammen mit Juden glauben,

- daß die Verheißungen Gottes an sein Volk nicht aufgehoben wurden;
- daß Israel vielmehr weiterhin Gottes auserwähltes Volk ist;
- daß deshalb auch die Landverheißung an sein Volk weiterhin gültig ist,

dann stellen sich schnell die Fragen:

– Ist mit der Gründung des Staates Israel 1948 diese Landverheißung erfüllt worden?

– Ist dann auch in der Bewahrung Israels in den darauffolgenden Kriegen eine Bestätigung dieser Landverheißung zu erkennen?

Die EKD-Studie „Christen und Juden II“ von 1991 sagt dazu zu Recht:

„Die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes im Lande kann ohne den Schutz eines Staates nicht gesichert werden. Darüber hinaus hat ein jüdischer Staat auch die Bedeutung eines Zufluchtortes für Juden aus aller Welt. Wenn Christen für das Lebensrecht des jüdischen Volkes im Lande der Väter eintreten, respektieren sie, daß die Verbindung von Volk und Land für das Judentum unabdingbar ist. Insofern der Staat Israel aber ein säkularer Staat in der Völkergemeinschaft ist, unterliegt er hinsichtlich seiner Grenzen und seiner Politik gegenüber nichtjüdischen Bevölkerungsteilen gleichen Kriterien wie alle anderen Staaten auch. Christen müssen sich in ihrem Verhältnis zu Israel dieser doppelten Beziehung bewußt sein. Einerseits ist nicht von ihnen gefordert, Entscheidungen von israelischen Regierungen kritiklos hinzunehmen, wenn ein anderer Staat in vergleichbarer Situation kritisiert werden würde. Andererseits treten Christen allen Versuchen entgegen, die das Lebensrecht des jüdischen Volkes im Land Israel in Frage stellen.“²⁴

Konsens:

Der Ausschuß stimmt dabei in folgendem überein und hofft, daß dies in der Landeskirche Konsens ist:

– Für uns Christen, ganz besonders in Deutschland, ist es eine wichtige Aufgabe, die Existenz des Staates Israel sichern zu helfen, damit Juden und Jüdinnen in Zukunft in Sicherheit und Frieden leben können. Dies sollte bei allen Diskussionen ebensowenig außer Zweifel stehen, wie die Übereinstimmung darin, daß auch die palästinensischen Menschen im Heiligen Land in Frieden und Gerechtigkeit leben können müssen. Wir Christen müssen diese Aussage auch in besonderer Weise für die palästinensischen Christen dort treffen. Dies gilt jenseits aller theologischen Differenzen.

– Wir Christen müssen respektvoll akzeptieren, wenn Juden in der Gründung des Staates Israel 1948 die bleibende Erwählung ihres Volkes durch Gott be-

23 Entwurf dieses Abschnittes: Johannes Friedrich.

24 EKD II, 1991, 56f.

kennen und eine Erfüllung der Landverheißung darin sehen. Welches Recht haben wir, anderen ihre Glaubenserfahrung bestreiten zu wollen?

Impulse:

Der Ausschuß fragt aber kritisch:

- Bedeutet diese Respektierung der Glaubenserfahrung anderer, daß auch wir Christen dem als Aussage unseres Glaubens zustimmen müßten?²⁵
- Kann es uns Christen erlaubt sein, in geschichtlichem Handeln von Menschen abschließend Gottes Handeln zu erkennen?
- Ist es nicht (noch dazu kurz vor der Jahrtausendwende) gefährlich, konkrete geschichtliche Ereignisse als die Erfüllung biblischer Verheißungen in Bezug auf das Ende der Welt zu betrachten? Wie paßt dies zusammen mit dem Wort Jesu: „Von dem Tag aber und von der Stunde weiß niemand, ... auch der Sohn nicht, sondern allein der Vater“ (Mt 24,36)?
- Besteht nicht die große Gefahr, daß alles Handeln etwa der israelischen Regierung, das ein Überleben des Staates Israel zum Ziel hat, als Gottes Wille gerechtfertigt wird, selbst dort, wo wir nach sonst üblichen menschlichen Maßstäben von Unrecht sprechen würden?

5. Weitere bedenkenswerte und teilweise umstrittene Themen²⁶

5.1. Gottesdienst, Lehre und Unterricht

In Gottesdienst wie im Unterricht ist große Aufmerksamkeit und Sensibilität geboten. Unsere Gottesdienste und unser Unterricht sollten immer so geschehen, daß jüdische Menschen nicht herabgesetzt oder gar beleidigt werden und daß beim Reden über Israel Gottes Barmherzigkeit und Treue wiedergegeben werden, in der wir gemeinsam leben.

Der Ausschuß hatte sich vorgenommen, ausführlich zu diskutieren, was dies im einzelnen für die Gottesdiensttagenden, die Gebetsanrede und die Curricula bedeutet. Wegen der Schwierigkeit der Materie ist er bisher zu keinem konkreten Ergebnis gekommen. An dieser Stelle muß dringend weitergearbeitet werden.²⁷

²⁵ Problematisch erscheint der Mehrheit der Ausschußmitglieder darum folgende Formulierung: „Ist doch die zionistische Bewegung und das Entstehen des Staates Israel in vielfacher Weise auch für Christen ein ‚Zeichen der Treue Gottes‘, das jeder Christ wahrzunehmen und anzuerkennen hat.“ (so A. Löhrbächer in dem im übrigen sehr empfehlenswerten Buch: Was Christen vom Judentum lernen können, Freiburg 1994, 154). Ist nicht vielmehr Rolf Rendtorff zuzustimmen, der schreibt: „Diese Frage, ob sich hier Verheißungen erfüllen, könnten nach meiner Auffassung nur Juden stellen und vielleicht beantworten. Man kann eine solche Frage überhaupt nur aus der unmittelbaren Betroffenheit heraus stellen.“ Israel und sein Land, S. 51.

²⁶ Entwurf dieses Abschnittes: 5.1: Arbeitsausschuß, 5.2: Horst Becker, 5.3: Johannes Friedrich.

²⁷ Folgende Literatur ist zur Weiterarbeit hilfreich: Martin Rothgangel, Antisemitismus als religionspädagogische Herausforderung, Freiburg 1995; Ruth Kastning-Olmesdahl,

5.2. *Messianische Juden*

Die Tatsache, daß es im heutigen Staat Israel jüdische Menschen gibt, die Jesus als Messias bekennen, wirkt überraschend und irritierend, und zwar sowohl auf Juden wie auch auf Christen. Diese Menschen werden in ihrem eigenen Volk ausgegrenzt, obwohl sie sich als Juden verstehen, als Juden leben und nationalbewußte, loyale Staatsbürger sind. Auf der einen Seite halten orthodoxe Juden sie für Abtrünnige, meiden sie und versuchen ihnen ihre Bürgerrechte zu beschneiden. Auf der anderen Seite werden sie von Christen kaum beachtet, geschweige denn, als zugehörig empfunden. Gerade weite Kreise, die sich um die Anbahnung eines neuen Verhältnisses zwischen Judentum und Kirche bemühen, wollen sich durch Verbindung zu Messianischen Juden nicht in Mißkredit bringen.

Wir sollten uns demgegenüber um eine klarere und vorurteilsfreie Wahrnehmung bemühen. Auch wenn ihre Beschäftigung mit der Heiligen Schrift oft nicht dem entspricht, was wir normalerweise betreiben, und sich nicht unserer Auslegungsmethoden bedient, auch wenn sie eine andere theologische Sprache sprechen, haben sie Einsichten, auf die sich für uns zu achten lohnt. Im Gegensatz zum ‚normalen‘ Judentum sind sie über der Lektüre des NT zum Glauben gekommen, den sie meist genuiner leben als große Teile der (Heiden-) Christenheit. „Unsere Identität besteht nicht darin, daß wir ‚zum Christentum bekehrt‘ seien, sondern wir fühlen uns als solche, in denen das Judentum zu seiner Vollendung gekommen ist. Wir folgen Jesus, dem Messias des jüdischen Volkes, weil er die biblischen Aussagen über den Messias vollkommen erfüllt.“

5.3. *Sinnvolle Gestaltung von Israel-Reisen*

Reisen nach Israel sind vor allem dann sinnvoll, wenn dort nicht nur tote Steine besichtigt, sondern Gespräche mit lebenden Menschen geführt werden, und zwar über Fragen der Religion, über das Verhältnis von Christen und Juden ebenso wie über die politische Lage. Dabei sollten Gespräche mit Menschen aus den verschiedenen politischen Lagern und mit Juden wie mit Palästinensern geführt werden. Hilfen dazu gibt das Zentrum für Pilger- und Touristenseelsor-

Antijüdische Motive in den evangelischen Religionsbüchern für die Grundschule, Neukirchen 1981; Arnulf H. Baumann / Ulrich Schwemer, Hg., *Gemeinsame christlich-jüdische Gottesdienste? Analysen, Beispiele, Vorschläge*, Heft 12 der Schriftenreihe des Evang. Arbeitskreises Kirche und Israel in Hessen-Nassau; dies., Hg., *Predigen in Israels Gegenwart*, Gütersloh 1986 und 1987; „Lobe mit Abrahams Samen“. Israel im evangelischen Gottesdienst, 1995; Texte aus der VELKD 68/1996: Das Anliegen des christlich-jüdischen Dialogs und der christliche Gottesdienst. Stellungnahme des Rates der EKV und der Kirchenleitung der VELKD zu dem Votum der ‚Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Kirche und Judentum‘ (KLAK), Hannover 1996; Theologische Arbeitsgemeinschaft des BCJ: Überlegungen zur Stellungnahme der Theologischen Ausschüsse von EKV und VELKD zum ‚KLAK‘-Votum, in: *Friede über Israel* 80, 1997, 164–171. [S. dazu in diesem Band speziell die Texte E.III.33'.43'.44'.51'.55'.61'. Anmerkung der Herausgeber.]

ge auf dem Ölberg.²⁸ Bei richtiger Vor- und Nacharbeit kann erfahrungsgemäß eine solche Fahrt wichtige Impulse für die weitere Gemeindegarbeit bieten.

SCHLUSS

Die Ausschußmitglieder danken allen in der Landeskirche, die sich in den letzten Jahren für dieses Thema engagiert haben. Sie bitten die Synode, alle anderen kirchenleitenden Organe und alle Schwestern und Brüder in unserer Kirche, nicht mit der Annahme der Erklärung „Christen und Juden“ dieses Thema für beendet zu halten. Die wichtige und eigentliche Arbeit beginnt erst. Wir wünschen unserer Landeskirche, daß diese Arbeit in guter Weise in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

ANHANG

Erklärung der Ev.-Luth. Kirche in Amerika (ELCA) an die Jüdische Gemeinschaft (...)*

28 Kaiserin-Auguste-Victoria-Stiftung, Kirchlicher Dienst für Touristen und Pilger, P.O.Box 14076, 91140 Jerusalem, Israel, Tel.: 00972-2-6287704, Fax: 00972-2-6273148.

* S. oben E.I.5', Anmmerkung der Herausgeber.

Wortlaut in:

Dieter Breit (Hg.), Schuld und Verantwortung. Ein Wort der Kirche zum Verhältnis von Christen und Juden, München 1999.

Wolfgang Kraus (Hg.), Auf dem Weg zu einem Neuanfang. Dokumentation der Erklärung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zum Thema Christen und Juden, München 1999, 187-206.

E.III.68'

LANDESSYNODE DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE

Präambel der Verfassung der Lippischen Landeskirche vom 24. November 1998

Die Lippische Landeskirche hat einen Passus in die Präambel ihrer Kirchenverfassung aufgenommen, der die Erwählung Israels zum Volk Gottes und die Treue Gottes zu ihm beinhaltet. Die entscheidende Passage ist im folgenden Text kursiviert.

Die 31. ordentliche Landessynode hat in ihrer Sitzung am 24. November 1998 die novellierte *Verfassung der Lippischen Landeskirche* beschlossen, die hiermit verkündet wird.